

Lehren aus der Geschichte?

Es gibt keinen Wirtschaftszweig — mit Ausnahme des Agrarsektors —, der dem Zugriff von Behörden und Kommissionen der EG so stark unterliegt wie die Montanindustrie. Die Gründe für diese Entscheidung sind aus der historischen Erfahrung abzuleiten, die sehr schmerzhaft bewiesen hätte, daß die ungezügelte Macht der Montankonzerne sich ökonomisch wie politisch verhängnisvoll auswirkte: Die Strategie der Montankonzerne trug erheblich zur Weltwirtschaftskrise von 1929 bei, und gerade die Stahlkonzerne waren es auch, die bei der Etablierung der faschistischen Diktatur eine bedeutende Rolle spielten. Dies gilt auch für Österreich. Die Alpine in Donawitz wirkte massiv bei der Zerschlagung der Demokratie mit. Während in Österreich diese Erfahrungen nach dem zweiten Weltkrieg zur Verstaatlichung dieses Wirtschaftssektors führten, versuchte man in der BRD und den anderen EG-Ländern, den Montanbereich durch supranationale Interventionsmechanismen unter Kontrolle zu bringen. Unumstritten war nämlich auch dort die Einsicht, daß die ESI ohne regulierende Eingriffe des Staates zu konjunkturellen Überreaktionen neigt und Tendenzen zu Überkapazitäten und ruinösem Wettbewerb zeigt.

Die aktuelle Lage

Die Regulierung der Stahlindustrie erfolgt im Rahmen der EG im wesentlichen durch folgende Maßnahmen: Meldepflicht für geplante Investitionen, Festsetzung von Mindestpreisen, Reduktion von Kapazitäten nach dem sogenannten „Davignon-Plan“, und neuerdings auch — als schärfste Maßnahme — ein Quotenkartell. Darüber hinaus wird die ESI in den einzelnen Ländern mit Militärendbeträgen subventioniert.

Diese Subventionen wurden zur Durchsetzung einer offensiven Rationalisierungsstrategie verwendet: Dutzende Produktionsstätten wurden stillgelegt und viele tausend Arbeitsplätze weggerationalisiert. Gleichzeitig erfolgte ein Aus- und Aufbau neuer Produktionskapazitäten, obwohl schon zum Investitionszeitpunkt so gut wie sicher war, daß diese neuen Kapazitäten keinesfalls ausgelastet werden könnten. So wurden z. B. seit der Mitte der siebziger Jahre, also zu einem Zeitpunkt, als die Krise der ESI schon voll sichtbar war, die Produktionskapazitäten im EG-Raum um 12 Prozent gesteigert, wobei die BRD mit 14 und Italien gar mit 24 Prozent überdurchschnittlich beteiligt waren. Die Erhöhung der Produktionsmöglichkeiten in der BRD von 60 auf fast 70 Millionen Jahrestonnen ließ die Kapazitätsauslastung drastisch von 88 Prozent (1974) auf 65 Prozent (1979) absinken. Ähnlich ist die Unterauslastung auch in den anderen EG-Ländern, z. T. sogar noch schlechter. Dieser Prozeß der „Strukturberaumung“ nach kapitalistischen Kriterien wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Konkret: der Trend zu integrierten Hüttenwerken wird weitergehen, d. h. Walzstrahen, die nicht räumlich integriert sind, sind gefährdet, ebenso Warmbreitband-



Stahlindustrie in der Krise oder Wem die Verstaatlichte nützt

VON HERMANN KEPPLINGER

In den vergangenen Wochen wurden die Jahresergebnisse der OIAG — jener Gesellschaft, die die Beteiligungen der Republik Österreich an den Industriebetrieben verwalte — und einiger Tochtergesellschaften (VOEST-ALPINE, VEW) vorgelegt. Da die Eisen- und Stahlindustrie (ESI) der mit großem Abstand dominierende Bereich der OIAG ist, ist das Gesamtergebnis der OIAG geprägt von den Verlusten, die dieser Sektor hinnehmen mußte. Die wirtschaftliche Situation der ESI ist nicht nur in Österreich schlecht, in fast allen anderen Industrieländern ist sie geradezu katastrophal. Der folgende Beitrag setzt sich mit den Krisenursachen auseinander und damit, was von den Erklärungsversuchen des konservativen Lagers zu halten ist.

stragen, die nicht am Stranggut „hängen“, die mit dem Verlust eines Arbeitsplatzes in der ESI mindestens zwei weitere Arbeitsplätze direkt verbunden sind, wird das quantitative Ausmaß erst voll sichtbar. In der BRD z. B. sank die Zahl der Arbeitnehmerin der ESI seit Mitte der

siebziger Jahre um 55 000 (1974: 344 000, 1980: 289 000), bis 1985 wird ein Rückgang um weitere 40 000 erwartet. Außerdem sind im Durchschnitt 50 000 Menschen von Kurzarbeit betroffen. Die britische Stahlindustrie wird mit den Beschwörungstönen von Frau Thatcher kaputtsaniert. Allein 1980 fielen bei British Steel 50 000 Arbeitsplätze diesem paläolitheralen Exportismus zum Opfer. In Frankreich hat die sozialistische Regierung mit dem Erbe der monetaristischen Wirtschaftspolitik ihrer konservativen Vorgänger zu kämpfen.

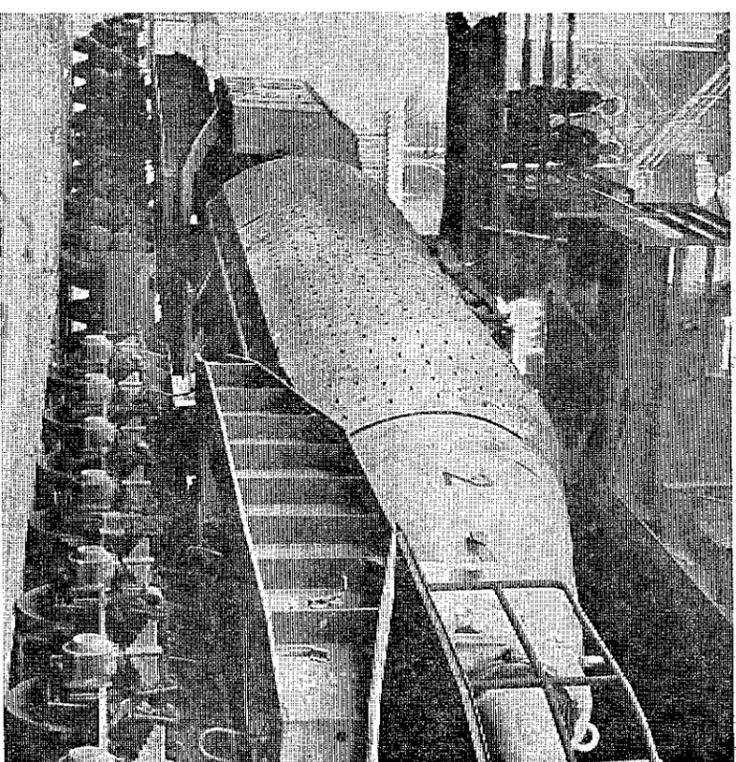
Japaner sind schuld . . . ?

Die auch in Österreich gängigen Erklärungsansätze der Krisenursachen sind kurz zusammengefaßt folgende: die ausgelebte Nachtrage, Standortverschiebungen in der Weltstahlproduktion und zunehmende internationale Konkurrenz, technischer Fortschritt und vor allem die Japaner.

Nun ist nicht zu bestreiten, daß die genannten Faktoren einen Einfluß ausüben. Letztlich treffen diese Argumente aber nicht den Kern des Problems, denn diese Entwicklung ist zum Teil seit langem bekannt (z. B. Aufbau einer ESI in Korea, Brasilien und anderen Entwicklungsländern) und wäre insbesondere auch vorhersehbar gewesen. Alles das kann nicht von der Tatsache ablenken, daß in den „alten Industrieländern“ trotz der gegebenen internationalen Konstellation die Produktionskapazitäten sogar noch erhöht wurden. Daher ist die Überproduktionskrise zum Großteil eindeutig hausgemacht. Der Nachfragerückgang nach Eisen- und Stahlprodukten am Binnenmarkt ist der Ausdruck der allgemeinen konjunkturellen Krise, nicht aber ihre Ursache. Die wichtigste Ursache ist die Investitionspolitik der Konzerne selbst. Der Versuch, Marktanteile zu vergrößern und Produktivitätsvorsprünge zu erreichen, führt aufgrund des Fehlens einer langfristigen gemeinsamen Investitionsplanung zu Überinvestitionen. In einer Industrie, in der zwischen Investitionsentscheidung und -realisierung ein Zeitraum von 5—10 Jahren liegt, können kurzfristige Rentabilitätsgesichtspunkte unmöglich funktionsfähige Indikatoren für die Investitionsfähigkeit sein. Hier wird zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rationalität deutlich: das Kriterium der Gewinnmaximierung verursacht bei Investitionsentscheidungen von der Art langfristiger Tragweite hohe gesellschaftliche Kosten.

Den letzten beißen die Hunde . . .

Die massiven Rationalisierungsmaßnahmen haben in der EG seit 1975 knapp 200 000 Arbeitsplätze in der ESI gekostet. Da die betroffenen Gegenden in der Regel einseitig auf die ESI ausgerichtet sind, kommt es zu einem kumulativen Verelendungsprozeß. Ganze Regionen werden dem Verfall preisgegeben und veröden (z. B. Lothringen, Ostbelgien, Nord- und Südwales, Saargebiet, östliches Ruhrgebiet). Es entstehen Industrie-ruinen und vormalige Arbeiterwohnstätten werden zu regelrechten „Geisterstädungen“. Es erüb-



Dank der Verstaatlichten hat sich die internationale Krise auf die Arbeiter der österreichischen Stahlindustrie noch nicht so empfindlich ausgewirkt. Im Bild ein Transportfahrzeug für Kohleisen auf der Strecke Donawitz — Linz.

rifft sich, auf die großen Probleme für die Arbeitnehmer, die von diesem „Totschrumptungsprozeß“ direkt betroffen sind, hinzuweisen. Aber auch für diejenigen, die nicht aus dem Produktionsprozeß geworfen werden, ergeben sich negative Auswirkungen. Abgesehen davon, daß sie in ständiger Angst leben, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, erhöht sich auch physische Arbeitsbelastung. Die Belegschaften werden einem ständigen Wechselbad von Überstunden und Kurzarbeit ausgesetzt. Die Konzentration von Produkten auf einzelne Werke führt zu der absurden Situation, daß in manchen Zeitperioden bis zur Kapazitätsgrenze ausgelastet wird, notwendige Kaltschichten nicht gefahren werden, die Belegschaft also bis zum äußersten angespannt wird, während in anderen Werken, sogenannte „Null-Kurzarbeit“ gefahren wird. Die Belegschaften, die aufgrund des jahrelangen Einstellungsstopps meist schon stark überaltert sind, werden derart ausgedünnt, daß bei nur geringer Produktionssteigerung alle Belastungen enorm steigen. Auch in der Krise geht somit die Arbeitsintensität nicht zurück.

Drastische soziale Erschlitterungen als Folge einer solchen Politik versucht man wie im Falle Englands durch „Law and Order“, „Parolen und durch eine forcierte Politik der Schwächung der Gewerkschaften zu beherrschen. Demokratische Errungenschaften der Arbeiterbewegung — wie etwa die Montan-Mitbestimmung in der BRD — werden angegriffen. Die Konzerne streben eine Beseitigung aller Hindernisse an, um ungezügelt über Arbeitsplätze disponieren zu können.

Die Situation in Österreich

Auch in Österreich hat die ESI mit ernststen Problemen zu kämpfen. Allerdings versucht das Management in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und anderen öffentlichen Stellen die Krisenfolgen nicht ausschließlich auf den Rücken der Beschäftigten abzuwälzen. Hier schlägt sehr deutlich — insbesondere für die Arbeitnehmer — der Umstand, daß die ESI in Österreich verstaatlicht ist, als Vorteil zu Buche. Von einer Gruppe von namhaften Wissenschaftlern in der BRD wird die Politik der verstaatlichten Industrie und insbesondere der VOEST-ALPINE als positiver Beispielstaat erwähnt. In dieser Studie ist zu lesen:

„35 Jahre mit der staatlichen österreichischen Stahlindustrie zeugen: Auch ein staatliches Unternehmen kann sich der Krisenhaftigkeit eines kapitalistischen Systems nicht entziehen, zumal nicht unter den Bedingungen starker internationaler Konkurrenz. Möglich aber ist es, die sozialen Folgen der Krisen auf die Beschäftigten abzumildern, die Investitions- und Beschäftigungspolitik zu verfestigen, schneller und in größerem Maße Ersatzarbeitsplätze bereitzustellen, als dies ein privatwirtschaftliches, ausschließlich profitorientiertes Unternehmen tun wird. Zugleich kann so auch eine regionale Ausgewogenheit eher erreicht werden. Nicht zuletzt trug der staatliche Sektor in Österreich dazu bei, die Arbeitslosigkeit weit niedriger zu halten als in den anderen westeuropäischen Ländern.“

Subventionen an die Stahlindustrie

